

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (ohne der Frauen- und Jugendzeitung einschließl.) Dringender monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3466. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 39.

Dresden, Montag den 17. Februar 1913.

24. Jahrg.

Am dem Streit der Binnenfahrer sind circa 4000 Mann beteiligt.

Es wird bekannt, daß der angeklagte von Wilhelm II. Sinaus- missionen noch auf dem kaiserlichen Vorwerk sitzt.

Das Zentrum marschiert in der Frage der Tafel- und Festgelber auf einen Umfall los.

Am dem Begräbnis des Genossen Schummeier in Wien beteiligte sich eine halbe Million Personen.

In Mexiko ist ein Waffenstillstand zustande gekommen.

Bündlerjubiläum.

In dem vom Bund der Landwirte herausgegebenen Agrarischen Handbuch steht zu lesen:

Der Bund der Landwirte ist eine parteilose, auf christlich-monarchischem Boden stehende wirtschaftspolitische Vereinigung, die in Förderung der Bedeutung von Landwirtschaft und Mittelstand für unser Vaterland diese Elemente der Bevölkerung geschlossen umfassen will, um sie über ihre eigenen Interessen sowie über ihre Stellung im Staat und zum Staat aufzuklären und sie mit denjenigen Parteien in Fühlung zu bringen und zu halten, die nachdrücklich für die Wahrung jener Interessen eintreten.

Am 18. Februar feiert diese christlich-monarchische Aufklärungsbewegung für Landwirtschaft und Mittelstand den Tag ihres zwanzigjährigen Bestehens, und sie hat es wohl verdient, daß auch wir ihr einige Worte widmen.

Die Gründung fiel in die von allen guten Agrariern verachtete Zeit, in der der Reichstanzler Graf Caprivi die Politik der Handelsverträge inaugurierte. Die Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien waren bereits abgeschlossen, die mit Rumänien und Rußland standen vor der Tür. Für den grundlegenden mit Oesterreich hatten 18 Konserervative und die gesamte Reichspartei gestimmt. Die Aufklärung über die verheerende Wirkung des Caprivi'schen Systems war also notwendig, und sie wurde bekanntlich mit dem Erfolg betrieben, daß der russische Handelsvertrag im Jahre 1894 keine konservervative Stimme mehr erhielt, und daß der Graf Caprivi bis zum heutigen Tage als ein ganz verächtliches Subjekt gilt, das mit den roten „Vaterlandsverrätern“ in einem Atem genannt wird.

Das Agrarische Handbuch erwähnt auch jenen Gutsbesitzer Ruprecht, der durch einen Aufbruch in die Landwirtschaftlichen Tierzucht den ersten Anstoß zum Zusammenschluß gegeben hat. Er habe, so heißt es, das Verlangen ausgesprochen, die Landwirte sollten sich behufs energischer Vertretung ihrer gefährdeten Interessen eine zielbewußte, feste Organisation schaffen. Ganz recht, er hat das Verlangen ausgesprochen. Aber auf das Wie kam es an. Der Ton machte die Musik. „Ich schlage“, so schrieb Herr Ruprecht, „nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen und ernstlich gegen die Regierung Front machen.“ An der Wiege des lokalen, christlich-monarchischen Bundes der Landwirte steht die Aufforderung, unter die Sozialdemokraten zu gehen.

Daran sind die Bündler heute nicht mehr gern erinnert. Damals aber schien es den Junkern kein Verbrechen zu sein, wenn jemand, um seinem Unwillen über die Benachteiligung seiner Interessen Ausdruck zu geben, die Unterstützung der Umsturzpartei beschwor: Herr Ruprecht gehörte neben den Wangenheim, Montkeffel und Ranig mit zu den Einberufenen der Versammlung im Abteil, in der die neue Organisation aus der Taufe gehoben wurde. Sie hatte mit der Sozialdemokratie innerlich nichts gemein, nur in der äußerlichen Form der Sozialistischer Opposition gegen die Regierung suchten die Agrarier das organisierte Proletariat zu übertreffen, und sie trübten ihren Kampf in eine Form, die die Sozialdemokraten weder vorher noch nachher anwenden durften, ohne die tiefste politische Enttäuschung bei allen christlich-monarchischen Elementen nachzuweisen.

Bei, war das ein Treiben gegen Caprivi, gegen die übrigen Minister und gegen Wilhelm II. in höchstelter Person. Es endete erst, als die unliebamen Minister vom Träger der Krone entfernt waren, als der Sozialist von 1902 den „Mitleidenden“ die Taschen füllte und als Wilhelm II. sich zum „landwirtschaftlichen Verursachenden“ entwickelt hatte, und nur wenn Steuern drohen, durch die der Raub geschmälert werden könnte, dann erwacht der alte Frondeur zurück wieder. Unter der sorgfältigen Betreuung, daß sie keine Minister-Ämter seien, taten die Junker im Anfang der 90er Jahre alles, um den verhassten Kanzler und seine Mitarbeiter zu besitzeln. Die Person des Herrn Reichstanzlers“, so schrieb der Freiherr v. Wangenheim in der Kreuzzeitung, „ist endgültig, die deutsche Landwirtschaft ist es nicht“, und der Haß, der in den agrarischen Reihen gegen die Regierung lebte, konnte nicht besser zum Ausdruck gebracht werden, als durch die Versicherung der Korrespondenz des Bundes der Landwirte (Dezember 1903):

Bei jeder Sau die unter dieser Kronezeit (Kaiser- und Kaiserin) dahinschlacht, wärmt der Bauer den Rücken unseres kranken Staatsmannes vor sich hin.

Herr v. Bismarck aber fahle die Gefühle der Bündler für die Mitglieder der Regierung in einer Zirkus-Buch-

Versammlung in die von tosendem Beifall begrüßten Worte zusammen: „Die Minister können uns sonst was.“

„Ach, und wie national die Herren waren! Genau so wie ihre Vorfahren, als ihnen durch die Steinischen Reformen einige ihrer Privilegien genommen werden sollten. Ein gewisser Herr Kistner, einer der Bedröselten des Bundes, fragte: Kann man sich wundern, wenn unter den jetzigen Verhältnissen bei uns hier und da auf dem Ranbe die Ansicht ausgesprochen wird, daß wir in materieller Beziehung viel besser stehen würden, wenn Oesterreich russische Provinz wäre?“

Natürlich stand der Bund der Landwirte auf monarchischem Boden. Doch seinen Mitgliedern schien es hin und wieder zweifelhaft zu sein, ob gerade Wilhelm II. der richtige Monarch sei. Der deutsche Landwirt, so meinte gelegentlich die Korrespondenz des Bundes, sei geneigt, den Kaiser als seinen politischen Gegner anzusehen. Das böhmisches Bundesorgan schalt mit unerkennbarer Bezeichnung auf den Kaiser und die Regierungen, die sich in Gesellschaft von Engländern, Juden und Judengenossen wohl fühlten, und als das bekannte Wort des damals noch nicht berufsgenossenschaftlich führenden Monarchen gefallen war, rief der damalige Führer Herr v. Pödy bei der Zirkusparade von 1896 aus:

Es ist von Gottwunder gesprochen und unsere Agitation ist gemetzelnd genant worden.

Erst als die lebhaften Pfuirufe verstummt waren, konnte er fortfahren:

Solange diese Worte nicht zurückgenommen sind, kann von einem Zusammengehen mit der Regierung nicht die Rede sein.

Hier wurde die „Regierung“ noch vorgeschoben. Die Deutsche Agrarkorrespondenz des Herrn Caprivi und Klapper aber hielt diese Ruffisse nicht mehr für notwendig. Sie forderte zu offenem Kampf gegen den Träger der Krone auf, den man bezwingen müsse.

Gerade in jenen Tagen regte sich die Deutsche Tageszeitung wieder gewaltig auf, daß die Frankfurter Volksstimme von der Möglichkeit eines Verfassungskrisis Wilhelm II. nach Art dessen, von dem der König von Portugal betroffen worden sei, gesprochen habe. Was aber soll diese Anspielung bedeuten gegenüber der Anspielung, die die Deutsche Landwirtschaftszeitung Anfang der 90er Jahre auf ein der Äntentate gegen Wilhelm I. machte:

Dr. Karl Nobiling, der Name ist genannt, das tolltete ist bekannt. Hätte man dem jungen Mann das Böhmisches Sozialpolitik in die Ohren flüstem können, so wäre er vielleicht auf andere Gedanken gekommen.

Die deutschen Agrarier stehen auf christlich-monarchischem Boden. Sie sind eminent staatsverehaftend und schätzen die Rechte des Königs. Nur muß dieser König ihnen zu Willen sein, oder, wie es Dr. Dertel 1898 so hübsch ausdrückte: „Wir folgen die Autorität, aber es muß nur die richtige sein.“

Das ist die Kampfesart gewesen, die die Agrarier hochgebracht hat. Anders als die im Hansabund vereinigten Industrie- und Handelskapitalisten haben sie nie Angst vor ihrer eigenen Courage gehabt. Sie haben sich die Parteien der Rechten unterworfen, das Zentrum und einen großen Teil der Nationalliberalen tribut- und heerespflichtig gemacht und diktierten trotz der Niederlage vom Januar 1912 nach wie vor dem Deutschen Reich seine Wirtschaftspolitik.

Gegen die Regierung brauchen sie nicht mehr die Töne anzuschlagen, die ihnen in Caprivi's Zeiten geläufig waren. Sie ledt nicht wider den Staat. Sie waagt es selbst in den Fällen, wo sie auf den Wehrheit im Reichstag rechnen könnten, nicht, ernsthaft von den Mägden des Agrarierturns abzuweichen. In ihrer seligen Furcht vor der Masse des Volkes unterwirft sie sich der Diktatur der christlich-monarchischen agrarischen Aufklärer.

Komplikationen und Kämpfe.

Wie so oft während des Balkankrieges, ist die europäische Lage wieder einmal ernst und schwierig. Zwei Wollen umdrängen den Horizont: die bulgarisch-rumänische und die albanische Frage. Die erhöhte rumänisch-bulgarische Spannung ist zum größten Teil auf den Stimmungswechsel innerhalb des rumänischen Kabinetts zurückzuführen. Als der Schauplatz der Verhandlungen von London nach Sofia verlegt wurde, hat man nach die Grundlinien des künftigen Kompromisses erkennen können. Es schien ein Kompromiß möglich, heute hat sich die Lage wesentlich verschärft. In der bulgarischen Regierung droht die von dem Außenminister Filipescu geführte kriegerische Partei die Oberhand zu gewinnen. Die Regierung verweist sich immer mehr darauf, an der Forderung einer Grenzlinie Turtukai-Balkisch festzuhalten, worauf Bulgarien nicht eingehen will. Der Dreibund, der die rumänische Expresseion von Anfang an gestützt hat, trägt die Hauptschuld, daß wieder ein stärkerer Riß zwischen Dreibund und Tripelentente kauft. Die Unsicherheit der Situation ist auch aus den Tönen des norddeutschen allgemeinen Regierungsborgans herauszuhören, das sich in der letzten Nummer also hören läßt:

Den neuerlichen Mitteilungen türkischer Botschafter war für die Mächte keine Handhabe zu entnehmen, die es ermöglicht hätte, mit Rücksicht auf Erfolge bei den triebführenden Regierungen

die Niederlegung der Waffen zu befürworten. Die Mächte bleiben aber bereit, jeden geeigneten Anlaß zu vermittelnden Schritten zu ergreifen. Auch in den Schwierigkeiten, die wegen der Wünsche Rumaniens an Bulgarien noch bestehen, haben die Mächte in freundschaftlichen Ratsschlägen ihr Interesse an einem günstigen Ausgang der in Sofia neu begonnenen Unterhandlungen bereits kundgegeben und setzen ernsthafte Bemühungen fort, um einem ergebnislosen Abbruch dieser Besprechungen vorzubeugen. Die Hebelwirkung der mit der Abgrenzung Albanien verknüpften Fragen scheint in einem Teil der europäischen Presse überschätzt zu werden. Bewußt ist über manche Punkte die erforderliche Einigung Europas noch nicht herbeigeführt, es wird aber nicht ohne Aussicht auf Gelingen an einem Ausgleich der Interessen gearbeitet. Wir gedenken in diesem Zusammenhang der Entsendung des Prinzen Hohenlohe nach Petersburg. Der persönlich vorbereiteten Ansicht, daß diese Entsendung ihren Zweck verfehlt habe, können wir nicht zustimmen. Wir glauben vielmehr, daß die politische Fühlungnahme zwischen den Kaisern Franz Joseph und Nikolaus auf die Lösung von Einzelheiten der Balkanfragen erleichternd nachwirken wird.

„Nicht ohne Aussicht“, „wir glauben“ — auch wer die Beschwichtigungslust der Nord. Kgl. Jg. nicht kennt, wird die Differenz zwischen den Mächten aus der Rote heraus hören. Die Volkshafter sitzen seit Wochen in London beisammen und die neue bulgarisch-rumänische Frage macht ihnen noch dieselben Kopfschmerzen wie die albanische Abgrenzung. Kleinfür Schacher und kapitalistische Rivalitäten scheinen das Londoner Kränzchen vollständig zu beherrschen, und es fehlt nur noch, daß es über Albanien auch noch zu einem italienisch-österreichischen Zwist kommt, worauf eine italienische Wittermeldung hindeutet. Das Giornale d'Italia beschäftigt sich mit der Frage von Stutari und steht darin die Gefahr für eventuelle Komplikationen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn. Das Blatt schreibt:

Die Gefahr neuer Komplikationen hängt von der Haltung Oesterreich-Ungarns ab, das sich einer Annexion Stutari's seitens Montenegro's nicht gegenüberstellt, da man diese Stadt Albanien zuteilen möchte. Italien hat sich für die montenegrinische Sache plädiert und sich bemüht, Oesterreich ebenfalls auf seine Seite zu ziehen. Wien antwortete aber mit dem österreichisch-italienischen Verträge von 1897, durch den die Integrität und Autonomie Albanien's festgesetzt wurden. Infolge der Schritte Italiens hat sich die österreichische Regierung lebhaft dazu verstanden, zwei und einen Teil des Territoriums von Stutari für Montenegro zuzugestehen. Die großen Anstrengungen, die König Nikolaus jetzt macht, um Stutari zu erobern, können, wenn die Montenegriner wirklich in Stutari einziehen sollten, leicht zu Komplikationen führen, denn in friedlicher Weise wird Montenegro Stutari auf keinen Fall räumen.

Oesterreich möchte Stutari für das österreichische Sprukationsobjekt Albanien retten, während die italienische Regierung die Stadt dem Schwiegerpapa des italienischen Königs zuzuhängen möchte.

Solcher und ähnlicher „Probleme“ wegen wird in London geschachert und das wirtschaftliche Wohl Europas dauernd aufs Spiel gesetzt!

Vom Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 16. Februar. Spät abends umlaufende Gerüchte besagen, daß in der Zone von Vasiloff seit gestern morgen ein großes Gefecht zwischen Türken und Bulgaren im Gange sei.

Konstantinopel, 16. Februar. Amlich wird gemeldet: Die osmanischen Aufklärungstruppen bei Tschatalidcha zeigen ihre Tätigkeit fort. Die Bulgaren sind auf den Höhen nordwestlich von Alalan verhasst und versuchen durch heftiges Geschützfeuer den Vormarsch der türkischen Aufklärer zu verhindern. Ein Detachement des türkischen Infanterie Regiments von Surzunbulj zwischen Ellitri und Kadiköy, vor und zwang den Feind, auf Harabsch-Tschiftlik zurückzugehen. Bulgaren und Serben, etwa 50000 Mann stark, sollen wiederholt Stürme auf Vasiloff unternommen haben, die Angriffe wurden jedoch heftig abgewiesen. Die Bulgaren halten angeblich 4000 Tote und Verwundete. Ein freiwilligen Korps ist den Kalitralia an der Mararaküste entlang über Rumburgas, Jalis, Gasteros und Pigidos nach Ellitri marschiert und liegt in den Weinbergen von Ellitri auf den Feind, der zurückgeworfen wurde. Die Türken erbeuteten vier Geschütze.

Das Blatt Ifham, das gestern einen Artikel gegen den Krieg bis zum äußersten gebracht hatte, in dem es auf die Auslosigkeit hinwies, den Krieg fortzusetzen und die öffentliche Meinung zu täuschen, ist suspendiert worden.

Die Bulgaren scheinen sich auf die Linie Vidia-Sinelli-Kobosko zurückgezogen zu haben. Die Bahn ist frei bis zum Kilometer 65, vier Kilometer vor Tschatalidcha.

Der Kampf um Adrianopel.

Sofia, 16. Februar. Das Bombardement von Adrianopel wurde von neuem aufgenommen. Es beschäftigt sich, daß verschiedene Stadtteile in Flammen stehen. Eine Abteilung türkischer Truppen ist im Lager der Belagerungsarmee eingetroffen.

Die Kämpfe in Adrianopel.

Sofia, 16. Februar. Hinsichtlich der Besenden in Adrianopel ist beschlossen worden, daß den Konstantin und jenen Kaufleuten, die die Stadt verlassen wollen, die Möglichkeit dazu geboten werden soll, sobald eine Hilfe mit den Namen derjenigen Personen überreicht sein wird, die das Recht haben, als Ausländer die Stadt zu verlassen.

Bulgarisch-Serbisches.

Wien, 16. Februar. Die neue freie Presse meldet aus Belgrad: Ein nachsanderer Sturm wird mit größtem Nachdruck den in der

um...

ber...